

"Die Generalversammlung verlangt eine Revidierung betreffs des Zugeständnisses, welches die letzten zwei Delegierten in Rußland gemacht haben, wegen der Aufnahme der KAPD. als sympathisierende Organisation der 3. Internationale. Wir verurteilen aufs schärfste, daß alle Beschlüsse der Exekutive der 3. Internationale in unserer Presse veröffentlicht werden müssen, denn es kann nicht angehen, Negationsbeschlüsse, welche unsere Partei schädigen, in unserer Presse zu veröffentlichen. Wir lehnen den Selbstmordbeschluß von Moskau ab, sind aber gewillt, Kampf- oder Aktionsaufrufe in unseren Zeitungen zu veröffentlichen.

Der Parteitag verurteilt die Art des Anschlusses an die 3. Internationale, er hält nach wie vor fest an dem Aufbau der Partei, wie er im Programm festgelegt ist und erachtet es endlich an der Zeit, die letzten Merkmale einer Partei abzustreifen und das Endziel, in der Union aufzugehen, in den Vordergrund der Organisationsarbeit zu stellen." (38)

Beide Beschlüsse des Unterbezirks Zwickau waren als Anträge an den Parteitag in Gotha beschlossen worden und auch auf dem Parteitag, wenn auch abschlägig, behandelt worden. (39) Die Vertreter des zentralistischen Flügels nutzten jede sich ihnen bietende Möglichkeit, in der von ihnen beherrschten Parteipresse, der Aufnahme in die Kommunistische Internationale das Wort zu reden (40) und gegen ihre Gegner, wie etwa gegen Franz Pfemfert und Otto Rühle, zu Felde zu ziehen. (41)

Den übrigen Tagesordnungspunkten des Parteitages (Arbeitslosenfrage, Jugend und Partei, die Partei und die Frauen, Agrarfrage, Organisationsfrage) wurden im Vorfeld des Parteitages weder in der Parteipresse noch im Rahmen der Verhandlungen auf den Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke eine nennenswerte Beachtung geschenkt. (42) Neben der Behandlung der Hauptfrage des Parteitages, der Frage des Anschlusses an die III. Internationale, stand das Verhältnis der KAPD zur Allgemeinen Arbeiter-Union noch mit im Vordergrund der Vorbereitungen für den Parteitag. Mehrere Bezirkskonferenzen (Groß-Berlin, Ost-Havelland, Nord, Niedersachsen u.a.) hatten sich mit dieser Frage beschäftigt und entsprechende Anträge an den Parteitag formuliert, wonach die Mitglieder der KAPD aufgefordert wurden, aus den Gewerkschaften auszutreten und in die Betriebsorganisation (B.O.) einzutreten. (43)

An dem a.o. Parteitag der KAPD in Gotha, der unter der Leitung von Fritz Rasch zwischen dem 15.2. und 18.2.1921 im dortigen Volkshaus stattfand, nahmen nur 23 Delegierte aus 13 Wirtschaftsbezirken der Partei teil. (44) Entsprechend dem Organisationsstatut der Partei konnten die Wirtschaftsbezirke bis zu je eintausend Mitglieder einen Delegierten auf den Parteitag entsenden, für jedes angefangene weitere Tausend kam ein weiterer Delegierter hinzu. (45) Entsprechend diesem Modus waren die auf dem Parteitag vertretenen Wirtschaftsbezirke mit der nachfolgenden Delegiertenzahl vertreten: Groß-Berlin (7), Eberswalde (1), Spandau-Osthavelland (1), Mitteldeutschland (2), Ost-Sachsen (1), Groß-Thüringen (1), Sachsen-Anhalt (1), West-Sachsen (1), Grafschaft Hohenstein (1), Niedersachsen (2), Nord (2), Ost-Westpreußen (1), Rheinland-Westfalen (2). (46)

Auf dem Parteitag waren die nachfolgenden Wirtschaftsbezirke nicht vertreten: Pommern, Mecklenburg, Nord-West, Schlesien, Posen, Hessen-Nassau, Rheinland und die drei süddeutschen Bezirke. Weitere Teilnehmer seitens der KAPD an diesem Parteitag waren die Mitglieder des Geschäftsführenden Hauptausschusses, die Referenten des Parteitages, Mitglieder des engeren Hauptausschusses, Mitglieder der Redaktion der Kommunistischen Arbeiterzeitung. Die Allgemeine Arbeiter-Union, die Berliner-Unterstützungskommission, die politischen Räte der Erwerbslosen sowie die Jugendorganisation der Berliner KAPD hatten ebenfalls Vertreter zu diesem Parteitag entsandt. Als auswärtige Gäste nahmen Vertreter der Kommunistischen Partei der Schweiz und der Jungsozialistischen Partei Schwedens teil. (47) Vom dritten Tage der Verhandlungen an, nahm auch ein Vertreter der VKPD am Parteitag teil, der vor Beginn des Parteitages angekündigte Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war auf dem Parteitag nicht erschienen. (48)

Der Parteitag selbst stand ganz im Zeichen der harten Auseinandersetzung zwischen den beiden Flügeln der Partei über den Anschluß der KAPD an die III. Internationale.

Das Exekutivkomitee hatte sich zu Beginn des Parteitages mit einem Telegramm an die Delegierten gewandt und diese mit seinen Erwartungen an den Parteitag bekannt gemacht:

"Die Exekutive der Kommunistischen Internationale entbietet dem Kongreß der Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands ihren Gruß. Wir hoffen, daß die Beschlüsse des Kongresses, und die ihm folgenden Handlungen jene Sympathie, der die Führer der KAPD. der einheitlichen Organisation der Weltrevolution der Kommunistischen Internationale gegenüber Ausdruck gaben, mit Taten dokumentieren werden. In diesem kritischen Augenblick, in dem die Verschärfung der wirtschaftlichen Krisis den Höhepunkt des Elends der auf die Straße geworfenen arbeitenden Massen und die mit gespannten Kräften betriebene Organisation der gegenrevolutionären Kräfte die Herankunft der erwarteten revolutionären Situation andeuten, wäre es ein Verbrechen, die einheitliche Front der revolutionären Parteien zu verhindern. Die um den Preis des Todes der Besten des deutschen Proletariats, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erworbenen Erfahrungen mögen Euch erinnern, daß es ohne einheitliche Leitung keinen entscheidenden revolutionären Erfolg geben kann. Entsagt allem kleinlichen Sektierertum und strebet dahin, daß der wohlorganisierten Gegenrevolution das ganze revolutionäre Lager des Proletariats einheitlich gegenüberstehe. Die deutsche proletarische Revolution steht wieder vor entscheidenden Stunden. Es ist an Euch, die schlagfertige Kampffront aller Kommunisten Deutschlands zu schaffen, es lebe die Kommunistische Internationale! Es lebe die Einheit aller Kommunisten Deutschlands! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe Sowjetdeutschland!" (49)

Die in diesem Telegramm der Exekutive wiederum zum Ausdruck gebrachte Erwartung hinsichtlich einer Vereinigung der KAPD mit der VKPD fiel natürlich bei den Delegierten auf keinen fruchtbaren Boden. Umso mehr zeigte die von der Berliner Führungsgruppe vor dem Parteitag entwickelte Taktik auf den Bezirkskonferenzen für den Beitritt als sympathisierendes Mitglied zu werben, sowie die von ihr durchgeführte Pressekampagne gegen die Gegner eines solchen Beitritts, auf dem Parteitag ihre volle Wirkung. Franz Pfemfert, der Anschlußgegner, der auf dem Parteitag als Koreferent zu dem Anschlußbefürworter Karl Schröder auftrat, erhielt von den Parteitagsdelegierten keine nennenswerte Unterstützung. Außer den Delegierten Mannsfeld, einem der beiden Vertreter Mitteldeutschlands und Jellineck (Zwickau), der den Bezirk Westsachsen vertrat, sprach sich keiner der sonstigen Delegierten gegen einen Anschluß an die Kommunistische Internationale aus (50).

Mit einer breiten Unterstützung der Parteitagsdelegierten konnte hinge-

gen Karl Schröder rechnen, der den Standpunkt der Berliner Führungsgruppe bezüglich des Beitritts der KAPD in die Kommunistische Internationale in einem fast dreistündigen Referat darlegte. (51) Nach einer insgesamt 1 1/2 Tage dauernden Debatte über die Anschlußfrage billigten 23 Delegierte einen Antrag der Wirtschaftsbezirke Mitteldeutschland, Nord und Groß-Berlin, worin der Anschluß der KAPD an die III. Internationale als sympathisierendes Mitglied gutgeheißen wurde. (52) Zwei Delegierte, Mannsfeld und Jellineck, stimmten gegen diesen Antrag. Praktisch bedeutete diese Entscheidung der Parteitagsdelegierten "den Ausschluß des föderalistischen Flügels" aus der Partei. (53) Pfemfert und Broh, die auch nach Beendigung des Parteitages von der offiziellen Parteipresse wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Anschluß an die Kommunistische Internationale angegriffen wurden, verließen nach den Märzkämpfen die KAPD und widmeten sich den oppositionellen Gruppen der Allgemeinen Arbeiter-Union (54). Die vom Exekutivkomitee hingegen gewünschte Annäherung der beiden deutschen kommunistischen Parteien "realisierte sich nur punktuell in der Aktionsgemeinschaft der März-Aktion", nach deren Scheitern die KAPD jede Hoffnung auf eine Vereinigung mit der VKPD zurückwies. (55) Die Alternative der Eingliederung der KAPD in die VKPD oder des Ausschlusses aus der III. Internationale wurde von der Exekutive bis zum Beginn des 3. Kongresses im Juni 1921 beibehalten (56).

Neben der Debatte über den Anschluß der KAPD an die III. Internationale kam der Aussprache über die grundsätzliche Stellung der Partei zur Betriebsorganisation (BO.) und zur Allgemeinen Arbeiter-Union noch eine besondere Bedeutung zu. Die Delegierten gaben einer aus mehreren Anträgen von Wirtschaftsbezirken zusammengefaßten Beschlußvorlage ihre Zustimmung, wonach sämtliche Mitglieder der KAPD aus den Gewerkschaften auszutreten und der Betriebsorganisation beizutreten hatten. Ausgenommen hiervon konnten nur Mitglieder werden, die nicht gegen Entgelt beschäftigt waren. (57) Ferner kam die grundsätzliche Stellung der KAPD zur Allgemeinen Arbeiter-Union in dem Beschluß zum Ausdruck:

"Der Parteitag der KAPD sieht in der Union die Vertreterin der auf die Betriebe sich stützenden Klassenorganisation des Proletariats. Sie verpflichtet die Mitglieder zu reger Propaganda für die Betriebsorganisation; erklärt jedoch, daß der Zeitpunkt des Verschwindens der Parteien nicht durch Resolutionen und Reichskonferenzbeschlüsse bestimmt werden

kann, sondern eine Frage der historischen Entwicklung ist, daß die Parteien absterben werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllt haben. Dieser Augenblick wird erst eintreten, wenn der proletarische Staat beginnt, sich in die kommunistische Gesellschaft umzuwandeln. Der Parteitag erklärt, alle Bestrebungen, die auf Auflösung der Partei in der jetzigen Zeit hincielen, mit aller Energie zu bekämpfen." (58)

Dieser Antrag des Wirtschaftsbezirks Nord, der sich vor allem gegen die "Partei-Verneinungstendenzen" der von Otto Rühle und Franz Pfemfert beeinflussten Ortsgruppen im ost- und westsächsischen Wirtschaftsbezirk richtete, (59) fand eine große Mehrheit bei den Delegierten des Parteitages.

Die Behandlung der übrigen Tagesordnungspunkte des Partitages (Frauen-, Arbeitslosen-, Jugend-, Agrar-, Organisationsfrage (60) erfolgte unter Zeitdruck und litt unter dem mangelnden Interesse der Parteitagsdelegierten. Die Parteitagsregie des Geschäftsführenden Hauptausschusses hatte der Behandlung der Anschlußfrage an die Kommunistische Internationale und der Klärung des Verhältnisses der Partei zur Allgemeinen Arbeiter-Union eine absolute Priorität eingeräumt. Außer der Frauenfrage erfuhren dann auch alle anderen zu kurz gekommenen Tagesordnungspunkte bei dem sich an den Parteitag in Gotha anschließenden Parteikongreß in Berlin (11.-13.11.1921) eine Wiederaufnahme. (61)

Die Parteitagsbeschlüsse von Gotha bezüglich der Aufnahme in die Kommunistische Internationale und der Klärung des Verhältnisses der Partei zur Betriebsorganisation und zur Allgemeinen Arbeiter-Union fanden im Anschluß an den Parteitag bei der Mitgliedschaft eine breite Zustimmung. Die Anfang März 1921 stattgefundenen Bezirkskonferenzen der Wirtschaftsbezirke Mitteldeutschland (62), Grafschaft Hohenstein (63), Eberswalde und Westsachsen (64) billigten die gefaßten Beschlüsse ausdrücklich. (65) Durch den am 19.3.1921 begonnenen Einmarsch bewaffneter Kräfte der Berliner Sicherheitspolizei in das mitteldeutsche Industriegebiet, auf dem die VKPD und die KAPD am 21.3.1921 den Generalstreik ausriefen, sah sich die Partei unmittelbar nach dem Parteitag vor eine neue innerorganisatorische Belastungsprobe gestellt, die die Kräfte der Partei voll in Anspruch nahmen. (66)

\*

#### Anmerkungen und Quellen

- (1) S. zum Verlauf des Parteitages in Gotha: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 30 v. 1.3.1921, in: StA Bremen 4.65 II.A.13.a. sowie Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, (KAZ), 2. Jg. (1921), Nr. 172 und 173.
- (2) Zum zentralistischen Flügel der KAPD s. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim 1969, S. 236 ff. Zum föderalistischen Flügel s. Ihlau, Olaf, Die roten Kämpfer, Reprint, Erlangen 1971, S. 13 f..
- (3) Auf derselben Sitzung des Zentralausschusses war Otto Rühle, Mitglied des föderalistischen Flügels, wegen "parteizerrüttender" Tätigkeit aus der KAPD ausgeschlossen worden. Über seinen Ausschluß liegen widersprüchliche Informationen vor: nach Bock, Hans Manfred, a.a.O., S. 256 ist Rühle unter Bezug auf KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg.(1920), Nr. 138 auf der obigen Sitzung ausgeschlossen worden. Dem widerspricht ein Artikel der KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg.(1920), Nr. 146, wonach der Zentralaus-schuß in Sachen Rühle nur eine Resolution verabschiedet habe, in der festgestellt worden sei, daß sich Rühle durch sein parteizerstörendes Verhalten selbst außerhalb der KAPD gestellt habe. Im übrigen wurde in diesem Artikel bedauert, daß der Zentralaus-schuß zu einem Ausschluß nach dem Parteistatut keine Möglichkeit gehabt habe. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Wiedergabe eines Berichts des "Dresdener Kommunisten", der Parteizeitung des ostsächsischen Wirtschaftsbezirks in KAZ Nr. 146, wonach darin behauptet wurde, daß Rühle zu keiner Zeit Mitglied der KAPD gewesen sei und somit hätte auch nicht ausgeschlossen werden können. Diese Feststellung, daß Rühle nicht der KAPD als Mitglied angehörte, wurde in der nachfolgenden Zeit sowohl in der KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg.(1921), Nr. 166, wie auch im Verlaufe des Gothaer Parteitages gemacht. S. Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD in Gotha, a.a.O., S. 14ff.
- (4) S. hierzu die Ausführungen von Franz Pfemfert auf dem a.o. Parteitag in Gotha sowie die Erwiderung von Fritz Rasch hinsichtlich des Zustandekommens der 3. Delegation. In: Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 159 und S. 196. S. auch Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 13. Jg. (1928), S. 133. Reichenbach setzt irrtümlicherweise den Zeitpunkt des Parteitagsbeschlusses betr. Beitritt der KAPD als sympathisierendes Mitglied in die III. Internationale vor die Reise der 3. Delegation.
- (5) Bock, Hans Manfred, Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt 1976, S. 106 und KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 112 "Die K.A.P.D. und das Exekutivkomitee der 3. Internationale". Ende April 1920 waren Jan Appel (Hamburg) und Franz Jung (Berlin) unter abenteuerlichen Umständen als Delegierte der KAPD nach Moskau gereist. Zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Juli 1920 waren als Vertreter der KAPD Otto Rühle und August Merges delegiert worden. S. zum Aufenthalt der 1. Delegation Jung, Franz, Der Weg nach unten, in: Jung, Franz, Schriften und Briefe, 1. Bd., Salzhausen 1981, S. 346 ff.. S. zum Aufenthalt der 2. Delegation Walcher, Jacob, Zum

- II. KI-Kongreß delegiert, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 12. Jg. 1970, Nr. 1, S. 86 ff..
- (6) S. "Offener Brief an die Mitglieder der K.A.P.", in: Die Rote Fahne, Zentralorgan der KPD(S), 3. Jg. (1920), Nr. 128 ff. (Ausgaben vom: 13., 14., 16., 20., 21.7.1920) und Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 15, s. auch Jung, Franz, a.a.O., S. 365.
- (7) S. Bock, Hans Manfred, Geschichte des "linken Radikalismus" a.a.O., S. 106 und KAZ (Groß-Berlin) 1. Jg. (1920), Nr. 136 "Aus der Internationale: Bericht der Delegation zum 2. Kongreß der 3. Internationale".
- (8) S. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 13. Die "Heidelberger Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik" waren auf dem in Heidelberg und anderen Orten stattgefundenen Parteitag der KPD(S) (20.-23.10.1919) zur Abgrenzung gegenüber den linken Oppositionskräften innerhalb der Partei verabschiedet worden. 18 Delegierte, die gegen die Leitsätze gestimmt hatten, wurden von den weiteren Verhandlungen des Parteitages ausgeschlossen. S. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 1. Halbband, Berlin (DDR) 1966, S. 131 ff. und Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen (S. 143 ff.) sowie Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD am 7. und 8. Februar 1920, die auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätze als Grundgesetze der Partei zu betrachten (S. 184). S. auch den Beschluß über den Ausschluß der Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden (S. 195 f.) ebenda und KAZ Nr. 136 a.a.O.
- (9) Ihlau, Olaf, a.a.O., S.13. Der Berliner Flügel der KAPD machte in der Parteipresse der 2. Delegation, vor allem aber Otto Rühle, starke Vorwürfe, dem 2. Kongreß in Moskau nicht beigewohnt zu haben und eigenmächtig die Beitrittserklärung zur Kommunistischen Internationale zurückgezogen zu haben. S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 139 "Otto Rühle als Parteizertrümmerer".
- (10) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 153, sowie Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 17 und Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 257.
- (11) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 153 "Die KAPD gehört zur 3. Internationale", sowie KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 156 "Die nächsten Aufgaben", und Gorter, Hermann, "Die KAPD und die dritte Internationale", in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 162.
- (12) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 17.
- (13) Vgl. Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 16, der davon ausgeht, daß Sinowjew eine Diskussion mit Pfemfert und Rühle auf dem Parteitag der USPD in Halle gemieden hätte. Im Gegensatz dazu stehen die Ausführungen von Fritz Rasch auf dem Parteitag in Gotha, wonach die Einladung zu einem solchen Gespräch von Sinowjew auch an Pfemfert und Rühle ergangen sei, diese die Einladung aber abgelehnt hätten. S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha a.a.O., S. 197.
- (14) S. Protokoll der Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 24.11. und 28.11.1920, in: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 15, S. 410 ff..
- (15) S. Protokoll der Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 24.11. und 28.11.1920, a.a.O., S. 410 ff..
- (16) Das Referat Herman Gorters wurde im Gegensatz zum Referat von Trotzki nicht veröffentlicht. Ausführlichere Hinweise zu den Ausführungen Gorters finden sich im Protokoll der Sitzung des Exekutivkomitees vom 24.11.1920, a.a.O., S. 411 f..
- (17) S. Trotzki, Leo, Über die Politik der K.A.P.D., in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 17, S. 184 ff..
- (18) S. Resolution des Erweiterten Zentralausschusses der KAPD nach Kenntnisnahme des Berichts der nach Moskau entsandten Delegation, in: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr. 25 vom 25.1.1921, StA Bremen 4.65 II.A.13.a. und KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 153, 156, 162.
- (19) Die KAPD war vom Exekutivkomitee wiederholt aufgefordert worden, die vom 2. Weltkongreß beschlossenen Leitsätze zu befolgen. S. Schreiben des Exekutivkomitees vom 26.8.1920 an die "Zentrale und die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands", in: Die Kommunistische Internationale, 1. Jg. (1920), Nr. 13, S.301 ff..
- (20) S. Offener Brief an die "Mitglieder der K.A.P." vom 2.6.1920, worin das Exekutivkomitee ausführlich zu der von der KAPD einenommenen Haltung zur Gewerkschafts- und Parlamentarismusfrage Stellung genommen hatte. In: Die Rote Fahne, 3. Jg. (1920), Nr. 128 a.a.O.
- (21) Das Exekutivkomitee hatte wiederholt vor dem Aufnahmebeschluß die KAPD aufgefordert, ihre Mitglieder zu veranlassen, in die VKPD einzutreten. S. Schreiben der Leitung der linken USPD, der Zentrale der KPD und des Exekutivkomitees "An die revolutionären Arbeiter Deutschlands" vom Oktober 1920, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 14, S. 268 ff.. In dieselbe Richtung zielte das Schreiben des Exekutivkomitees "An alle Mitglieder der linken Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands" vom Oktober 1920, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 15, S. 448 ff..
- (22) S. Schreiben des Exekutivkomitees "An den Parteitag der KPD" vom November 1920, worin Sinowjew dazu aufrief, die KAPD-Mitglieder in die Reihen der VKPD zu holen. In: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 14, S. 273.
- (23) Sinowjew, G., Die Lage der Kommunistischen Internationale, Bericht auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 16, S. 558 f. S. auch Schreiben des Exekutivkomitees an die Zentrale der VKPD betr. Aufnahme der KAPD als sympathisierenden Mitglied in: Die Internationale 1. Jg. (1920) Nr. 58: Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und die K.A.P.D.

Aus den Kreisen der Exekutive wird uns geschrieben:

Das einstimmig durch den zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommene Statut besagt im § 10: "Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, Vertreter von solchen Organisationen und Parteien mit beratender Stimme in seiner Mitte aufzunehmen, die zwar der kommunistischen Internationale nicht angehören, aber mit ihr sympathisieren und ihr nahe stehen." § 11 besagt: "Die Organe aller Parteien und aller Organisationen, die der Kommunistischen Internationale angehören und die zu den für die Kommunistische Internationale sympathisierenden zählen, sind verpflichtet, alle offiziellen Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und seines Exekutivkomitees zum Abdruck zu bringen."

Das Statut der Kommunistischen Internationale geht also von der Voraussetzung aus, daß in dieser Übergangszeit, in der sich jetzt nicht nur die Arbeiterbewegung überhaupt, sondern auch die revolutionäre Arbeiterbewegung befindet, neben ausgesprochen kommunistischen Parteien, Parteien mit bestimmter einheitlicher Taktik, die der Kongreß der Kommunistischen Internationale für verbindlich erklärt hat, es auch Gruppen, Parteien und Richtung gibt, die einen scharfen Kampf gegen das Kapital für die Diktatur des Proletariats führen, sich zum Teil für die Sowjetform aussprechen, nach einem internationalen Zusammenschluß der revolutionären Kräfte streben, aber in ihrem Wege zum Kommunismus von dem der Kommunistischen Internationale abweichen. Kann die Kommunistische Internationale diesen Gruppen gegenüber sich nur darauf beschränken, ihre taktischen Irrtümer zu bekämpfen? Darf sie ihnen als feindliche Macht entgegentreten? Darf sie ihre Annäherungsversuche ablehnen? Dieser Gedanke wurde von allen Teilnehmern des Kongresses abgelehnt. Zwar bekämpfte die deutsche Delegation auf entschiedenste die Zulassung der K.A.P.D. mit entscheidender Stimme zum Kongreß. Sie schlug jedoch selbst vor, diese Partei mit beratender Stimme zuzulassen, und sie protestierte mit keinem Worte gegen die Anwesenheit eines Vertreters der deutschen Syndikalisten mit beratender Stimme auf dem Kongreß, gegen die Teilnahme des Vertreters der syndikalistischen spanischen Gewerkschaften, wie der linken französischen Syndikalisten mit entscheidender Stimme. Sie unterstützte die Bemühungen der Exekutive, die englischen Shop Stewards (Betriebsräte) und die amerikanischen syndikalistischen Industrieverbändler (I.W.W.) zur Kommunistischen Internationale heranzuziehen. Der ganze Kongreß ging dabei von folgenden Voraussetzungen aus. In den romanischen wie in den anglo-sächsischen Ländern stellt der antiparlamentarische Syndikalismus eine der grundlegenden Formen der revolutionären Arbeiterbewegung dar. Tausend mal von den Reformisten und ihren parlamentarischen Vertretern betrogen, haben diese Arbeiter den Parlamentarismus als Mittel der Befreiung vom kapitalistischen Joch abgelehnt, und darin ist die Kommunistische Internationale mit ihnen solidarisch. Enttäuscht durch den Reformismus schüteln diese revolutionären Arbeiter das Kind mit dem Bade aus. Weil das Parlament nicht der Boden ist, auf dem der entscheidende Kampf des Proletariats ausgefochten werden kann, so glauben diese Arbeiter, er könne überhaupt kein Boden des Kampfes, keine Tribüne für revolutionäre Agitation bilden. Betrogen und geschuhriegelt durch die weißen Gewerkschaftler, glaubt ein Teil dieser Arbeiter wie die amerikanischen Industrieverbändler, man könne gar nicht die Gewerkschaften erobern, man müsse besondere gründen. Die Kommunistische Internationale ist einig mit ihnen in der Bekämpfung der arbeitgemeinschaftlichen Taktik der Gompers, Appleton, Jouheaux und Legien. Sie hält es aber für die

Pflicht der revolutionären Arbeiter, mit aller Energie um die Eroberung der Gewerkschaften zu kämpfen, die trotz der weißen Führung Massenorganisationen des Proletariats bilden. Sie verschließt sich jedoch nicht dem Gedanken, daß die weißen Gewerkschaftsführer vielerorts die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zur Notwendigkeit machen werden. Somit einigt die Kommunistische Internationale mit den revolutionären syndikalistischen Arbeitern das Ziel des revolutionären Kampfes, der revolutionäre Elan, der Gegensatz zum Reformismus. Getrennt sind sie durch taktische Auffassungen, durch Einseitigkeiten der Erfahrungen der syndikalistisch gesinnten revolutionären Arbeiter, die nur ihre begrenzte Erfahrung kennen, aber die historischen allgemeinen Lehren der Arbeiterbewegung mißachten. Die alte Sozialdemokratie haßte diese Arbeiter, weil sie reformistisch waren und in ihnen der Puls des revolutionären Kampfes schlug. Für uns Kommunisten sind diese Arbeiter unsere Kampfgenossen, die heute noch auf Irrwegen zum Ziele zu gelangen suchen, die aber morgen durch neue Erfahrungen gewißigt und unseren Lehren zugänglich gemacht, mit uns Hand in Hand kämpfen werden. Darum darf sich die Kommunistische Internationale nicht damit begnügen, diese Arbeiter zu kritisieren, sondern sie muß mit ihnen im dauernden Kontakt verbleiben, damit sie ihr Ohr offen habe. Durch ausdauernde, geduldige Beeinflussung der linken französischen Kommunisten gelang es ihr schon, einen Teil von ihnen nicht nur von der Notwendigkeit der politischen Partei des Proletariats, die sie bisher verneinten, sondern sogar von der Notwendigkeit der zeitweiligen Benutzung des korrupten bürgerlichen Parlaments für die kommunistische Agitation zu überzeugen. Sie hofft bestimmt, dieses Resultat auch den andern syndikalistischen Gruppen gegenüber zu erreichen und so dem jungen Kommunismus in den anglosächsischen und romanischen Ländern einen großen Teil der revolutionären Arbeiter zuzuführen. Den Teilen dieser revolutionären Arbeiter, die ihre Taktik allmählich anerkannt haben und sich ihren Beschlüssen unterwerfen, gibt sie natürlich das Recht der Mitentscheidung über die Politik. Denen, die sich noch nicht überzeugen ließen, aber die gewillt sind, ihre Erfahrungen mit denen der Kommunistischen Internationale auszutauschen, sie in ihren Kämpfen zu unterstützen, gewährt sie beratende Stimme und erkennt sie als mit der Kommunistischen Internationale sympathisierende Parteien an. Dadurch bekommen diese Parteien die Möglichkeit der Verteidigung ihrer Ansichten vor dem Forum der Kommunistischen Internationale, aber gleichzeitig verpflichtet sie sich, die Kundgebungen der Exekutive ihren Lesern und Mitgliedern mitzuteilen.

Indem die Exekutive der K.A.P.D. die Rechte einer sympathisierenden Partei zuerkannte, handelt sie auf Grund des ihr vom Kongreß gegebenen Rechtes. Ihr Beschluß wurde gefaßt nach einer langen Korrespondenz zwischen der Exekutive und der K.A.P.D., die der Öffentlichkeit vorliegt, und in der die Exekutive mit voller Klarheit den Standpunkt vertritt, der in allen strittigen Fragen zwischen der K.A.P.D. und K.P.D. der Standpunkt der Letzteren ist. Der Beschluß wurde gefaßt nach Anhörung aller Argumente der K.P.D., mit deren Führern Genosse Sinowjew in Berlin über die Frage eine eingehende Aussprache hatte. Die Vertreter der K.P.D. wandten sich gegen die Anerkennung der K.A.P.D. als sympathisierende Partei. Die Exekutive konnte diese Argumente nicht anerkennen. Nicht nur weil sie im Gegensatz standen zu dem von den Führern der K.P.D. in Moskau gemachten Vorschlag der Zulassung der K.A.P.D. mit beratender Stimme - und das ist der Inhalt der Bestimmung über sympathisierende Parteien -, sondern weil diese Argumente unrichtig waren. Die Genossen von der K.P.D. erklärten, die K.A.P.D. solle der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands beitreten, und sie behaupteten,

die Anerkennung der K.A.P.D. als sympathisierende Partei werde diesen Prozeß nicht fördern, sondern verlangsamen. Selbstverständlich würde die Exekutive es nur begrüßen, wenn die K.A.P.D. der Vereinigten Kommunistischen Partei beitreten würde. Aber es war klar, daß das nicht sofort und nicht ohne weiteres eintreten wird. An der Trennung der K.A.P.D. von der K.P.D. war nicht nur ihre falsche Orientierung schuld, sondern auch Fehler, die von der K.P.D. gemacht worden sind, wie z.B. die Haltung der Zentrale in den Kapptagen. Und wenn die Genossen aus der K.A.P.D. die Befürchtung aussprachen, daß die Vereinigung mit dem linken Flügel der U.S.P.D. die Taktik der Vereinigten Partei unklar, wenn nicht direkt opportunistisch machen könnte, so teilte zwar die Exekutive diese Befürchtungen nicht, aber sie mußte damit rechnen, daß nur die Praxis die revolutionäre Aktion der Vereinigten Kommunistischen Partei die Genossen von der K.A.P.D. von der Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen überzeugen wird. Was sollte inzwischen geschehen? Sollte inzwischen zwischen der V.K.P.D. und der K.A.P.D. nur das Verhältnis des Kampfes bestehen? Nein. Bei aller grundsätzlichen Bekämpfung der irrtümlichen Taktik der K.A.P.D. muß die V.K.P.D. versuchen, auf die Mitglieder der K.A.P.D. einzuwirken. Sie muß versuchen, sich mit der K.A.P.D. in den Aktionen zusammenzufinden. Wird das leichter geschehen, wenn die K.A.P.D. das Gefühl hat, daß sich die V.K.P.D. zwischen sie und Kommunistische Internationale als eine Scheidewand stellt oder wenn die Arbeiter der K.A.P.D. sehen, daß wir ihnen brüderlich die Hand entgegenstrecken, weil wir die Trennung von den opportunistischen Führern der Arbeiterschaft, aber die Einigung mit den revolutionären Proletariern erstreben? Die Exekutive war überzeugt, daß die Vereinigung aller kommunistischer Kräfte in Deutschland leichter vor sich gehen wird, wenn sie nicht nur durch die gemeinsame Aktion, sondern auch durch die Annäherung auf dem Boden der Kommunistischen Internationale stattfindet, auf dem es viel leichter sein wird, jeden Fehler der K.A.P.D.-Führer ihren Massen verständlich zu machen.

Die Vertreter der K.P.D. erklärten, die Anerkennung der K.A.P.D. als eine sympathisierende Partei werde die Kommunistische Internationale und die V.K.P.D. mit der Verantwortung für die Politik der K.A.P.D. besonders in der Gewerkschaftsfrage beladen, da die Arbeitermassen Deutschlands den Unterschied zwischen der Zugehörigkeit als Mitglied zur Kommunistischen Internationale und der Rolle der sympathisierenden Partei nicht verstehen werden. Die Exekutive konnte nicht zugeben, daß die deutschen Arbeiter, die nicht nur den Unterschied zwischen Liebe und Sympathie verstehen, sondern alle taktischen Unterschiede zwischen unserer Politik und der in allen Farben schillernden Politik der rechten U.S.P.D. verstehen müssen, daß sie eine solche einfache Tatsache nicht verstehen könnten, wie die, daß, indem die Kommunistische Internationale die K.A.P.D. als nur sympathisierende, nur nahestehende Partei erklärt, sie damit eben kund gibt, daß die K.A.P.D. in wichtigen Fragen von der Kommunistischen Internationale abweicht, und daß darum die Kommunistische Internationale für die abweichende Stellung nicht verantwortlich ist.

Indem die Exekutive die Argumente der Vertreter der K.P.D., die sie für falsch hielt, nicht beachtete, erfüllte sie nur eine der Pflichten, die ihr durch den Kongreß auferlegt sind. Wenn die Exekutive der Kommunistischen Internationale sich gebunden fühlen würde durch die Auffassungen einer ihrer Sektionen, die sie für unrichtig hält, so könnte sie nicht die Rolle eines international ausgleichenden und fördernden Elements spielen. Ihre Aufgabe besteht eben darin, vom Standpunkt der allgemeinen proletarischen Erfahrungen und Interessen, die Stellung jeder einzelnen proletarischen kommunistischen Partei zu be-

einflussen. Gegen ihre Einseitigkeit zu kämpfen, ihr die allgemeine Linie des Proletariats entgegenzuhalten. Die deutschen Kommunisten haben ihre Rolle der Exekutive im Kampfe gegen die rechte U.S.P.D., gegen die rechten Kommunisten Italiens, begrüßt und unterstützt. Die Exekutive hofft zwar nicht, daß alle ihre Führer im Nu die alte tiefeingefressene sozialdemokratische Abneigung gegen jeden nicht ganz klaren revolutionären Arbeiter aufgeben werden, aber sie ist sicher, daß die Partei, die die internationale Zentralisation des Kampfes auf ihr Banner geschrieben hat, daß sie sich dem Beschlusse der Exekutive nicht nur fügen wird, sondern daß sie in Ausführung dieses Beschlusses mit Geduld und Ausdauer auf die Vereinigung mit den revolutionären Arbeitern der K.A.P.D. hinsteuern wird. Sie hofft auch, daß diese durch die Zulassung zur Kommunistischen Internationale in der Rolle der sympathisierenden Partei schließlich verstehen werden, es trenne sie von der Internationale kein Bonzen-Interesse, sondern nur noch die eigenen Irrtümer. Die Linie der Kommunistischen Internationale geht auf die Trennung von allen opportunistischen Elementen, auf die Vereinigung mit allen proletarischen revolutionären Elementen. Sie muß in Deutschland rücksichtslos durchgeführt werden.

- (24) S. Schreiben der Zentrale der VKPD an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale betr. Zulassung der KAPD zur Kommunistischen Internationale, in: Die Internationale 1. Jg. (1920) Nr. 56. Das Schreiben lautete:

Werte Genossen!

Wir haben bis jetzt nur inoffiziell und durch die Mitteilungen in den Zeitungen der K.A.P.D. erfahren, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als Sympathisierende in die 3. Internationale aufgenommen worden ist und einen Delegierten mit beratender Stimme zum Exekutivkomitee entsendet. Wir haben aus diesem Anlaß noch einmal unsere Stellungnahme zu diesem Problem präzisiert und wiederholen: Wir erheben gegen die Aufnahme der K.A.P.D. als Sympathisierende in die Kommunistische Internationale hierdurch Protest:

1. Wir erheben diesen Protest aus prinzipiellen Gründen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß die Kommunistische Internationale sich zu beschränken habe auf kommunistische Parteien. Wir erkennen durchaus die weltpolitische Notwendigkeit an, daß die Kommunistische Internationale auch die Fühlung und unter Umständen in ein noch anderes Verhältnis als das der Fühlung tritt mit revolutionären Strömungen und Parteien, die nicht kommunistisch sind. Wir sind der Meinung, daß diese Notwendigkeit sich von selbst ergibt daraus, daß die Kommunisten überhaupt alle revolutionären Strömungen, auch bürgerliche zu unterstützen haben. Nur ergibt sich hieraus der Unterschied: In Ländern, in denen die revolutionäre Bewegung eine bürgerliche, in der also das nächste revolutionäre Ziel nicht der Kommunismus, sondern ein Ziel der bürgerlichen Revolution ist, in der also der Kommunismus nicht die unmittelbare, sondern die mittelbare Kampfaufgabe ist, ist diese enge Verbindung mit solchen revolutionären Parteien Pflicht. Hier in Westeuropa und in Deutschland aber ist der Kommunismus das unmittelbare Ziel der Revolution. Wer hier nicht kommunistisch ist, ist auch nicht revolutionär. Aus diesem Grunde halten wir es für prinzipiell falsch, daß die Kommunistische Internationale sich in solchen Ländern, in denen um den Kommunismus gerungen wird, sich mit nicht kommunistischen Parteien assoziiert und wir halten diesen Beschluß für besonders falsch in einem Lande, in dem bereits kommunistische Parteien bestehen. Wir können es verstehen, wenn die Kommunistische Internationale in ein gewisses Verhältnis tritt zu proletarischen revolutionären Strömungen in Ländern,

in denen eine Kommunistische Partei sich überhaupt noch nicht entwickelt hat. In Ländern wie in Deutschland halten wir es für falsch.

2. Wir erheben Protest gegen die Aufnahme der K.A.P.D. auch aus Gründen taktischer Art. Die K.A.P.D. durchlebte in den letzten Monaten eine schwere Krise; ihre sämtlichen Ortsgruppen sind heute teils in unserer Partei aufgenommen, teils völlig zerrieben. Die einzige Ortsgruppe, die noch einigermaßen Bestand hat, ist die Berliner Ortsgruppe. Auch aus der Berliner Ortsgruppe können wir sagen, sind in den vergangenen Wochen und Monaten, die besten Elemente zu uns übergetreten. Wenn in diesem Augenblick die Kommunistische Internationale der K.A.P.D. eine Anerkennung auch in der Form der Aufnahme, als sympathisiertes Mitglied gewährt, so wirkt das als künstliche Sauerstoffatmung auf einen, der schon am sterben ist. Entweder ist nun das Exekutivkomitee der Meinung, daß die deutsche Kommunistische Partei Deutschlands eine kommunistische Partei sei, daß es danach trachten muß, daß diese Partei gestärkt werde, und darf das Leben der K.A.P.D. nicht künstlich verlängern. Oder das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist anderer Meinung. Dann müßte es daraus die Konsequenzen ziehen.

3. Wir erheben weiter Protest gegen den Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale aus Gründen praktischer Art. Bei aller Schärfe, mit der wir den kommunistischen Gedanken betonen, sind wir der Meinung, daß in allen revolutionären Situationen nötig sei, mit allen revolutionären Gruppen, auch solchen, die nicht kommunistisch sind, in Fühlung zu bleiben. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist uns gegenüber der K.A.P.D. von jeher nicht leicht gewesen: sie wird uns erschwert durch den Entschluß des Exekutivkomitees. Bisher konnten wir im Kampfe gegen die K.A.P.D. nicht nur die guten Gründe ins Feld führen, die uns zur Seite stehen, sondern auch die Autorität der Kommunistischen Internationale. Dieses Letztere ist uns jetzt genommen, weil wir selbstverständlich in Deutschland niemanden erzählen können, man habe die K.A.P.D. in die Kommunistische Internationale aufgenommen als Sympathisierende, um die Sympathie zu beweisen durch Prügel, die man der K.A.P.D. versetze. Diese revolutionäre Taktik würde, wenn wir sie in Deutschland vertreten würden, von niemanden ernst genommen. Wir sind also nicht nur dieses Mittels beraubt, sondern sind demgegenüber in einer ganz außerordentlich schwierigen und delikaten Lage. Wir überreichen in der Anlage die Presseerzeugnisse der K.A.P.D. und fragen: Sollen wir auf solche Elaborate in der gleichen Sprache antworten oder nicht? Antworten wir auf sie in der gleichen Sprache, so setzen wir die ganze moralische Kraft der Kommunistischen Internationale aufs Spiel, denn es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn Mitglieder uns Sympathisierende der Kommunistischen Internationale vor der deutschen Öffentlichkeit sich in dieser Weise herumprügeln. Oder wir schweigen auf solche Elaborate oder entgegnen mit Liebeserklärungen; dann können wir unsere Aufgabe nicht erfüllen. Wir erkennen ohne weiteres an, daß der Grundsatz: So Dir einer auf die rechte Wange schlägt, reiche ihm auch die Linke!, ein ethisch außerordentlich hochstehender Grundsatz ist, sind aber nicht der Meinung, daß wir mit diesem Grundsatz unsere politische Aufgabe erfüllen können. Wir sehen uns auch in der Geschichte aller Parteien, die heute der Kommunistischen Internationale angehören um, und zumal in der Geschichte der Partei, die uns das Vorbild ist, und müssen gestehen, wir finden keinen Vorgang für die Anwendung dieses Grundsatzes in der Geschichte aller dieser politischen Parteien.

Nachdem nunmehr ds Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale trotz unseres vorhergehenden Protestes die K.A.P.D. in die 3. Inter-

nationale aufgenommen hat und uns in diese bezeichnende schwierige Lage versetzt hat, müssen wir die Erwartung aussprechen, daß jetzt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale das tue, was wir für seine Pflicht halten, nämlich: daß das Exekutivkomitee der 3. Internationale seine Sympathie für die K.A.P.D. und die Sympathie der K.A.P.D. für die Kommunistische Internationale in eine konkrete Form bringe, die sich zunächst in einer "Regelung der Sprache" der K.A.P.D. zu äußern hätte. Ohne Information, wie wir sind, vermögen wir noch nicht einmal irgend etwas zu der Aufnahme der K.A.P.D. in die Kommunistische Internationale zu sagen. Wir wissen nicht, welche besonderen Erwägungen das Exekutivkomitee geleitet haben und sind also vorläufig verurteilt, der weiteren Entwicklung zuzusehen, bis uns diese Information zuteil wird. Auf die Dauer aber - das wird auch das Exekutivkomitee sich nicht verhehlen, werden wir bei diesem so geschaffenen Verhältnis nicht stumm bleiben können, und es wäre dann nicht unsere Schuld, wenn dann durch diesen unglückseligen Beschluß des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wiederum der Zustand eintreten würde, den wir bereits seit vielen Monaten überwunden hatten, daß wir in schärfster Form gegen die K.A.P.D. polemisieren müssen. Und wenn dann weiter wiederum der Zustand eintrete, daß wir in offenen Differenzen, statt in einer gewissen Fühlungnahme leben mit einer Organisation, von der wir nicht leugnen, daß sie noch eine Anzahl gute revolutionäre Elemente in ihrem Schoße birgt, womit wir freilich nicht gesagt haben wollen, daß für die Entwicklung der deutschen Revolution die K.A.P.D. auch nur entfernt den Nutzen stiften könne, für den sie jetzt seit langer Zeit zum ersten Male wieder Gläubige gefunden hat.

Mit kommunistischem Gruß!

Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei  
Deutschlands

I.A.: gez. Ernst Däumig. Paul Levi.

Die Zentrale der VKPD richtete in derselben Angelegenheit nochmals ein Schreiben an das Exekutivkomitee, das in der Roten Fahne Nr. 53 v. 2.2. 1921 veröffentlicht wurde. S. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), a.a.O., S. 422. S. auch Frank Pierre, Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919 - 1943, Band I, Frankfurt 1981, S. 136 und Wheeler, Robert, F., USPD und Internationale, Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt 1975, S. 268.

- (25) Die Bestätigung der Resolution erfolgte mit großer Mehrheit der anwesenden Mitglieder bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung. Zum Verlauf der Sitzung des Exekutivkomitees am 14.1.1921 s. Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), Nr. 16, S. 431 ff. und KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. 1921, Nr. 174. S. auch Radek, Karl, Die Krise in der V.K.P.D., in: Die Internationale, 3. Jg. 1921, H. 3, S. 73 f..
- (26) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 153. "Die KAPD gehört zur 3. Internationale".

- (27) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 156 "Die nächsten Aufgaben".
- (28) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 153 und Nr. 165.
- (29) S. Beschluß des Erweiterten Zentralausschusses der KAPD, in: Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr. 25 vom 25.1.1921, StA Bremen 4.65 II.A.13.a.
- (30) S. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 259.
- (31) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 156.
- (32) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 26 vom 1.2.1921. In den Flugblättern wurde zu den Fragen der Taktik der Partei (Allgemeine politisch-ökonomische Lage, Neukommunismus, Kommunistische Internationale, Allgemeine Arbeiter-Union, Räte), der Organisation der Partei, der Arbeitslosenfrage, der Agrarfrage u.a. Stellung genommen. StA Bremen 4.65 II.A.13.a.
- (33) S. Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 26, a.a.O..
- (34) ebenda. S. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 165, worin die Erwartungen des Exekutivkomitees betr. Aufgehen der KAPD in die VKPD als "fromme Wünsche" bezeichnet werden.
- (35) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 156 "Bezirkskonferenz Nordhausen".
- (36) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 162 "Bericht von der Bezirkskonferenz Nord".
- (37) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg., (1921), Nr. 168 "Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland". Es wurde von der Bezirkskonferenz die nachfolgende Resolution verabschiedet:  
 "Der Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland begrüßt die Aufnahme der KAPD in die 3. Internationale, da hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, unsere Prinzipien und Grundsätze besser wie bisher über die deutschen Grenzen zu tragen, und in der Lage sind, in besserer Weise auf internationaler Basis, den Opportunismus in der 3. Internationale zu bekämpfen. Sollte die 3. Internationale von der KAPD irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden."  
 Die Resolution war von Fritz Rasch mitverfaßt worden, der auf der Bezirkskonferenz das Hauptreferat gehalten hatte. Für die Resolution sprachen sich 19 und gegen die Resolution 10 Teilnehmer der Bezirkskonferenz aus.  
 S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 197.
- (38) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg., (1921), Nr. 168 "Generalversammlung des Unterbezirks Zwickau". Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Generalversammlung in Zwickau bemerkt die KAZ, daß die Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Westsachsen eine Resolution angenommen habe, "in der sie den Anschluß der KAPD an die 3. Internationale als sympathisierende Partei begrüßt und die Rühleschen Tendenzen der Parteiverneinung ablehnt".
- (39) S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, S. 243 ff.
- (40) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg., (1921), Nr. 165 "Die KAPD und die 3. Internationale".
- (41) KAZ (Groß-Berlin) 2. Jg. (1921) Nr. 169 "Erklärung der Redaktion der KAZ zu Franz Pfemfert", und KAZ Nr. 166 "Aus der Partei: Ostsachsen".
- (42) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 163 (Einladung zum a.o. Parteitag in Gotha).  
 Zur Vorbereitung auf die Behandlung des Tagesordnungspunktes "Die Partei und die Frauen" war in der KAZ ein Fortsetzungsartikel "Die proletarische Frau" erschienen. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 166 u. 167. Der Wirtschaftsbezirk Ost-Havelland hatte zum Tagesordnungspunkt "Jugend und Partei" einen Antrag an den Parteitag gestellt, wonach in all den Ortsgruppen, wo keine Jugendgruppe besteht, solche zu gründen sind. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 165. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin hatte zum Tagesordnungspunkt "Agrarfrage" einen Antrag an den Parteitag gestellt, wonach die Agrarfrage ausführlich im Parteiprogramm dargestellt werden sollte. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg., (1920), Nr. 169.
- (43) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920), Nr. 163, 165, 169, 176.
- (44) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 172 "Beginn des Parteitags". Im Gegensatz dazu KAZ Nr. 173, wo von 25 Delegierten ausgegangen wird, die 15 Wirtschaftsbezirke vertreten. Auch im Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 30 vom 1.3.1921 wird von 25 Delegierten der Wirtschaftsbezirke ausgegangen. StA Bremen 4.65 II.A.13.a. Im Protokoll des Parteitags sind 21 Delegierte aus 12 Wirtschaftsbezirken verzeichnet, 2 Delegierte des Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalen trafen laut Protokoll später ein, so daß es sich dann um 23 Delegierte aus 13 Wirtschaftsbezirken der Partei handelte. S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha a.a.O. S. 24 f. Da auch Delegierte des Wirtschaftsbezirks Pommern zum Parteitag angesagt waren, aber letztlich nicht auf dem Parteitag eintrafen, läßt sich die in der KAZ Nr. 173 angegebene Delegiertenzahl von 25 erklären.
- (45) Zum Delegationsverfahren für den Parteitag s. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 164.
- (46) S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha a.a.O., S. 24. Über den Stand der Mitgliederzahlen bei der KAPD zum Zeitpunkt des Parteitages in Gotha gibt es keine genauen Angaben. Laut Angaben der Sicherheitspolizei vom 27.8.1920 (StA Bremen 4.65 II.A.13.a.) betrug die Mitgliederzahl zu diesem Zeitpunkt ca. 40.000 Mitglieder. Im Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung Nr. 7691/21 vom 10.10.1921 wird unter Bezug auf den Geschäftsbericht des Hauptausschusses auf dem Berliner Parteitag der KAPD vom September 1921 ein



Mitgliederstand von 46.431 angegeben (StA Bremen 4.65 II.A. 13.a.). Im Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 49 vom 4.8.1921 wird die Bezirkseinteilung der KAPD mit den entsprechenden Ortsgruppen aufgezeichnet, wonach die KAPD über 21 Wirtschaftsbezirke verfügte, wobei der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin als der größte Bezirk mit 9.000 Mitgliedern ausgewiesen wurde. Nach diesem Bericht verteilen sich die Bezirke mit den größeren Ortsgruppen wie folgt:

1. Ostpreußen: Ortsgruppen in Memel, Königsberg, Allenstein, Bezirksleitung in Königsberg
2. Westpreußen: Ortsgruppen in Elbing, Marienwerder, Pillau, Danzig, Bezirksleitung in Elbing
3. Posen (illegaler Bezirk): Ortsgruppen in Hohensalza, Gnesen, Bromberg, Schneidemühl, Posen-Stadt, Bezirksleitung in Hohensalza. Die kleineren Ortsgruppen an der mittleren Warthe und der unteren Netze sind den polnischen Kommunisten angeschlossen
4. Schlesien: Ortsgruppen im Waldenburgischen Kohlenrevier, Schweidnitz, Hirschberg; schwache Mitgliedschaften in Brieg, Breslau, Glogau, Bezirksleitung in Breslau
5. Ostsachsen: Bezirksleitung in Dresden. Der Bezirk hatte durch den Fall Otto Rühle sehr gelitten
6. Westsachsen: Ortsgruppen in Chemnitz, Zwickau, Altenburg, Gera, Leipzig, Annaberg, im Vogtland in Olenitz, Adorf, Falkenstein, Auerbach, Bezirksleitung in Chemnitz
7. Pommern: starke Ortsgruppen in Stettin, Pyritz, Pasewalk, schwache Ortsgruppen in Stolp, Rügenwalde, Belgard, Tempelburg, Stargard, Swinemünde, Anklam, Stralsund
8. Brandenburg: Auf dem Parteitag in Berlin im September 1921 wurde dieser Bezirk neu gebildet, ihm wurde der alte Wirtschaftsbezirk Eberswalde zugeordnet, dem Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland wurde ebenfalls aufgetragen, sich diesem Bezirk anzuschließen. Nach dieser Neuordnung gehörten dem Bezirk die folgenden Ortsgruppen an: Prenzlau, Angermünde, Eberswalde, Neuruppin, Nauen, Spandau, Segefeld, Lukkenwalde, Forst, Guben, Cottbus, Fürstenberg, Frankfurt/Oder, Bezirksleitung in Brandenburg
9. Groß-Berlin: eigener Bezirk mit 9.000 Mitgliedern. Berlin ist eingeteilt in Unterbezirke, deren stärkster der Bezirk S.O. ist.
10. Mecklenburg: Ortsgruppen in Rostock und Lübeck. Bezirksleitung in Rostock
11. Nord: Ortsgruppen in Hamburg, Altona, Friedrichsort, Kiel, Flensburg, Eckernförde, Tenning, Bezirksleitung in Hamburg
12. Nord-West: Ortsgruppen in Bremen, Wilhelmshaven, Bramsche, Emden, Aurich, Bezirksleitung in Bremen
13. Braunschweig-Niedersachsen: Ortsgruppen in Hannover, Linden, Celle, Braunschweig, Stendal, Bezirksleitung in Braunschweig
14. Mitteldeutschland: Ortsgruppen in Aschersleben, Stassfurt, Bernburg, Zerbst, Torgau, Wittenberg, Bitterfeld, Merseburg, Halle, Sangershausen, Eisleben, Hettstadt, Mannsfeld, Querfurt, Leuna, Hellbronn, Bezirksleitung in Halle. Dem Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland war der noch zum Zeitpunkt des Parteitages in Gotha eigenständige Wirtschaftsbezirk Sachsen-Anhalt im Rahmen einer Reorganisation zugeführt worden.
15. Thüringen: Ortsgruppen in Erfurt, Gotha, Meiningen, Jena, Apolda, Bezirksleitung in Erfurt
16. Hessen-Nassau: Ortsgruppen in Kassel, Fulda, Gießen, Hanau, Frankfurt/M, Bezirksleitung in Frankfurt
17. Rheinland: Ortsgruppen unter der amerikanischen Besetzung in Koblenz und Trier, unter französischer-belgischer Besetzung in Rheyth,

Düren, Mönchen-Gladbach, Aachen, Krefeld, Köln, Neuss, Eschweiler, Bezirksleitung in Köln

18. Rheinland-Westfalen: Ortsgruppen in Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Remscheid, Solingen, Duisburg, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Benrath, Ohligs, Dortmund, Bochum, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Münster, Hamm, Bielefeld, Osnabrück, Bezirksleitung in Düsseldorf

Süddeutschland zerfällt in 3 Bezirke:

19. Baden
20. Württemberg
21. Bayern

Zur Reorganisation der KAPD s. unveröffentlichtes Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD in Berlin, (11.-13.9.1921), StA Bremen 4.65. II.A.13.a (Reorganisation des Wirtschaftsbezirks Spandau-Osthavelland und des Wirtschaftsbezirks Eberswalde). S. auch zur Reorganisation der KAPD Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr. 49 vom 4.8.1921 und Nr. 50 vom 9.8.1921, StA Bremen 4.65 II.A. 13.a.

- (47) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920) Nr. 172 und 173 sowie den Auszug aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 30 vom 1.3.1921, a.a.O.
- (48) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921) NR: 174 "Das Prinzip ist gerettet". Aus diesem Artikel geht hervor, daß die Zentrale der VKPD E. Ludwig als Beobachter zum Parteitag entsandt hatte. E. Ludwig war erst am dritten Tag der Verhandlungen auf dem Parteitag erschienen, was ihn aber nicht daran hinderte, in einem Artikel der Roten Fahne (Nr.87) das zu kritisieren, was er am 1. und 2. Tag der Verhandlungen "nicht mit angehört" hatte. Daß ein Vertreter der Exekutive zum Parteitag angekündigt war, ergibt sich sowohl aus dem Bericht des Reichskommissars Nr. 30 vom 1.3.1921 sowie aus den Darlegungen von Erdmann auf dem Parteitag, wonach dem Geschäftsführenden Hauptausschuß ein Brief zugestellt worden sei, in dem der Vertreter der Exekutive darum ersucht habe, daß man ihm den Tagungsort des Parteitages mitteilen möge. S. Protokoll des. a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 25.
- (49) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 172. Der hier wiedergegebene Text des Telegramms der Exekutive entspricht dem in der KAZ Nr. 172 veröffentlichten Text. Dieser Text unterscheidet sich aber an zwei Stellen nicht unwesentlich von dem Text des Telegramms, wie er auf dem Parteitag von Fritz Rasch vorgetragen wurde. S. Protokoll des a.o. Parteitages, a.a.O., S. 95.
- (50) Ihlau, Olaf, a.a.O., S.18 irrt, wenn er davon ausgeht, daß der Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union Ihlau auf dem Parteitag Pfemfert in Sachen Verneinung des Anschlusses unterstützt habe. Ihlau lehnte zwar die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale ab, er erklärte aber, daß vom Standpunkt der Allgemeinen Arbeiter-Union aus der Antrag des Unterbezirks Zwickau unannehmbar sei, der die Art des Anschlusses an die Dritte Internationale verurteile. S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 215f..

- (51) S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 244. Zu den Befürwortern des Aufnahmebeschlusses auf dem Parteitag gehörten u.a. das Mitglied des Hauptausschusses Rasch, die Delegierten Hempel und Schil-ter (Groß-Berlin), Hellwig (Mitteldeutschland), Oelschläger (Nord).
- (52) Der Antrag der Wirtschaftsbezirke Mitteldeutschland, Nord und Groß-Berlin war mit 23 Stimmen angenommen worden. es ist davon auszugehen, daß bei diesen 23 Stimmen auch die Stimmen des Wirtschaftsbezirks Pommern hinzugezählt wurden. Der Wirtschaftsbezirk hatte keine Delegierte zum Parteitag entsandt, er hatte aber den Parteitag durch ein Schreiben wissen lassen, daß er für den Anschluß unter den genannten Bedingungen sei. S. Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha, a.a.O., S. 243 f.
- (53) Ihlau, Olaf, a.a.O., S. 18 f.
- (54) ebenda. S. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 177 "Pfefmert-Jubiläum", in diesem Artikel wird Pfefmert u.a. wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Aufnahme-Beschluß kritisiert. S. auch KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 179 "Der Fall Pfefmert".
- (55) Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., s. 259
- (56) Bock, Hans Manfred, Geschichte des "linken Radikalismus", a.a.O., S. 107.
- (57) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920), Nr. 173. S. auch Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha a.a.O., S. 245 f.  
Die Wirtschaftsbezirke Nord, Groß-Berlin und Spandau-Osthavelland hatten ihre Anträge zugunsten dieses Antrages zurückgezogen. Dem Antrag stimmten 24 Delegierte zu, ein Delegierter stimmte dagegen. Auch hier ist zu vermuten, daß die Stimmen des Wirtschaftsbezirks Pommern mitgerechnet wurden.
- (58) KAZ (Groß-Berlin) Nr. 173. S. auch Protokoll des a.o. Parteitages in Gotha S. 245. Der Antrag war vom Wirtschaftsbezirk Nord gestellt worden, er fand die Zustimmung von 23 Delegierten, 2 Delegierte stimmten gegen diesen Antrag. Nach einer Mitteilung von Rasch standen auch die Bezirke von Pommern und Nord-West auf dem Boden dieses Antrages. Beide Bezirke waren auf dem Parteitag nicht durch Delegierte vertreten.
- (59) Zu den Autonomiebestrebungen der ostsächsischen und westsächsischen Ortsgruppen der KAPD s. Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus, a.a.O., S. 281 ff..
- (60) Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 "Organisation" ist im Protokoll des Parteitages nicht aufgezeichnet worden. Nach KAZ Nr. 173 wurden unter diesem Tagesordnungspunkt folgende Beschlüsse gefaßt:  
1. In Bezug auf das Ausschlußverfahren aus der Partei wurde ein Antrag auf Änderung von Ziffer 5 des Organisationsstatuts angenommen, in dem "Als letzte Instanz der Parteitag" hinzugefügt wurde.  
2. Ziffer 7, Abs. 2 des Organisationsstatuts, Anträge zum Parteitag, wurde geändert, so daß dieselben jetzt "mindestens 4 Wochen vor dem Parteitag bei dem Zentralausschuß einzureichen sind, der dieselben spätestens 3 Wochen vor der Abhaltung des Parteitages den Wirtschaftsbezirken unterbreitet".  
3. Ziffer 8, Abs. 3 und 4 des Statuts wurden ebenfalls geändert. Auf Grund der Beschlüsse lauteten sie jetzt: "Stimmberechtigt auf dem Par-

teitag sind jedoch nur die aus den Wirtschaftsbezirken Delegierten der Partei, für welche gebundene Mandate Vorschrift sind". Ferner wurde hinzugefügt: "Die Beschlüsse des Parteitags sind für sämtliche Mitglieder bindend".

4. Abgelehnt wurde nach kurzer Aussprache der Antrag "die Abstimmung auf dem Parteitag nach der Zahl der vertretenen Mitglieder vorzunehmen", da dies z.Zt. eine absolute Mehrheit Groß-Berlins sichern müßte.

5. "Richtlinien für die praktische Organisationsarbeit" wurden im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes an die Wirtschaftsbezirke überwiesen. Daraus hervorzuheben sind folgende Punkte:

"Für die praktische Organisationsarbeit im Reich und in den Bezirken ist erforderlich:

Möglichst häufige persönliche Aussprache, Austausch der Referenten von Bezirk zu Bezirk, von Ort zu Ort,

ein schneller, reichlicher Informationsdienst von den Orten über die Bezirke zur Zentrale und umgekehrt, über politische, wirtschaftliche, militärische Tatsachen,

grundsätzliche Heranziehung aller Mitglieder zu bestimmten, ab und zu wechselnden Aufgaben in Arbeitsgruppen, Kursen und dergl., Einteilung übergroßer Bezirke in straff zusammengefaßte Unterbezirke,

ständige Abberufbarkeit sämtlicher Funktionäre, straffe Zentralisation in allen Angelegenheiten der reinen Geschäftsführung mit möglichster Verwendung der modernen Hilfsmittel".

6. Endlich wurde noch die Einsetzung eines Kontrollausschusses beschlossen:

"Der Parteitag wählt einen Wirtschaftsbezirk, der aus seinen Mitgliedern einen Kontrollausschuß zur Kontrolle für Organisation und Kassenführung des Geschäftsführenden Hauptausschusses und der Wirtschaftsleitungen wählt. Die Kontrollkommission soll sich nicht an dem Sitz des Geschäftsführenden Hauptausschusses befinden. Verantwortlich ist die Kontrollkommission dem Parteitag".

(61) S. unveröffentlichtes Protokoll des a.o. Parteitages der KAPD in Belin (11.-13.11.1921), a.a.O., S. 1.

(62) Die am 6.3.1921 in Naumburg tagende Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Mitteldeutschland verabschiedete einstimmig die nachfolgende Resolution:

"Die am 6.3.21 in Naumburg tagende Bezirkskonferenz Mitteldeutschland stellt sich, nachdem sie den Bericht vom Parteitag entgegengenommen hat, voll hinter die Beschlüsse des Parteitages und wird im Sinne dieser Beschlüsse ihre ganze Tätigkeit entfalten."

Die Konferenz war von 30 Delegierten besucht worden, 4 - 5 Delegierte mußten die Konferenz verlassen, weil sie nicht mehr auf dem Boden der Partei standen. S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920), Nr. 177 "Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland".

(63) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920), Nr. 178 "Bezirkskonferenz Hohenstein"

(64) KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1920), Nr. 181 "Bezirkskonferenz Westsachsen" und KAZ Nr. 180 "Bezirkskonferenz Brandenburg-Nord".

(65) Die offizielle Parteipresse hatte nach dem Parteitag in verschiedenen Stellungnahmen für die Annahme der Beschlüsse bei der Mitgliedschaft geworben. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 178 "Zur Arbeit der KAPD in der Union.

(66) Inhau, Olaf, a.a.O., S. 19ff. . . \*

\*

Ausserordentlicher Parteitag

der

Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

vom 15. - 18. Februar 1921, im Volkshaus zu Gotha